

Wöchentlich 68 Bl., monatlich 3,60 M. Im Voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einjährl. Bestellgeld, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Donnerstags und Freitags einmal, die Wochenausgaben für Berlin und im Ausland mit dem Titel „Der Abend“, „Wirtschaftliche Zeitschrift“, „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Hilfe in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einjährige Abonnementspreise: 30 Pfennig, Restausgabe 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pfennig, während zwei letzte druckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Belegblätter das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitssammler 25 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten 25 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 6, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Betreiber: Fünhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 27538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Berlin, 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

## Hündisch, feige, ehrlos... und dumm dazu!

Nummer 474 der Flugblätter der deutschnationalen Schriftenverteilungsstelle trägt die Überschrift „Abrüstung und Sozialdemokratie“. Das Flugblatt zeigt einen bis auf die Zähne bewaffneten Franzosen, der als *Boncour* bezeichnet wird, und einen Reichsbannermann, der *Höring* darstellen soll mit einer Flagge: „Nie wieder Krieg.“ Nach einigen Tiraden über die angebliche Militärfrömmigkeit der französischen und die angebliche Militärfeindschaft der deutschen Sozialdemokraten wird in Bezug auf das Verhalten der letzteren gefagt:

Das ist hündisch, feige, ehrlos und dumm dazu! Ein anständiger deutscher Mann sagt „Fu“ dazu!  
und wählt deutschnational  
Liste 2!

Soweit die deutschnationalen Poeten. Lassen wir nun die Prosa sprechen. Vor etwa zehn Monaten, am 6. Juli 1927, hatte der Reichstag über ein „Gesetz über Kriegsgerät“ zu beschließen, das ihm von der Bürgerblockregierung *Hergt-Keudell-Schiele-Roch* zur unänderlichen Annahme vorgelegt war. Dieses Gesetz lautet in seinen beiden ersten Paragraphen:

§ 1. Die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät jeder Art (Waffen, Munition und sonstigem Gerät) sowie seine Herstellung für die Ausfuhr ist verboten.

§ 2. Kriegsgerät darf für inländische Verwendung weder hergestellt noch aufbewahrt oder gehandelt werden.

In der Beratung hielt der Redner der Sozialdemokratie eine scharfe Protestrede gegen das Gebot der Entente, auf das dieses Gesetz zurückzuführen war. Er bezeichnete als Zweck dieses Gesetzes die „Abrüstung Deutschlands bis zur Nichtigkeit“, während alle anderen Staaten gerüstet bleiben. Er erklärte es für äußerst ungerecht, daß Deutschland allein seine Souveränität auf militärischem Gebiet preisgeben müsse, während die anderen die ihre behielten. Er erklärte, daß die Sozialdemokratie die allgemeine Abrüstung erstrebe, dieses einseitige Gesetz aber nur unter dem Druck einer außenpolitischen Zwangslage annehme.

Was taten die Deutschnationalen? Die Deutschnationalen hielten das Maul und nahmen das Gesetz, das ihnen ihre Regierung vorgelegt hatte, einfach an.

Sie hielten das Maul. Jetzt reißen sie es kasterweit auf: „Das ist hündisch, feige, ehrlos und dumm dazu!“

„Ein anständiger deutscher Mann sagt Fu dazu!“  
Das meinen wir auch!

## Russisches „Wirtschaftswunder“, Oder der verschwundene Mehrwert.

Von Vladimir Boginskiy.

Ein Unternehmer hat gewöhnlich zwei Maßstäbe, um die Lage seines Betriebes zu beurteilen: wenn es sich darum handelt, Steuern zu zahlen oder einen Tarifvertrag zu revidieren, macht er sich arm und klein; wenn er aber um Kredite wirbt, läßt er seine Bilanz im günstigsten Licht erscheinen. Der Sowjetstaat als Unternehmer ist mit Steuern nicht allzu sehr belastet, — die Steuern, welche die Trusts aufbringen, dienen hauptsächlich dekorativen Zwecken, weil sie um das Mehrfache durch staatliche Dotationen übertroffen werden. Den doppelten Maßstab — den Arbeitnehmern und den Kreditgebern gegenüber — haben sich aber die Sowjetwirtschaftler angeeignet: im Inlande verschweigen sie die Schwierigkeiten und Mißerfolge nicht, in den für das Ausland bestimmten Veröffentlichungen und Neußerungen tragen sie einen beneidenswerten Optimismus zur Schau.

Diese doppelte Wertung — die eigentlich den Leitern der Sowjetwirtschaft nicht vorzuwerfen ist — erschwert eine unparteiische Beurteilung des Wirtschaftssystems der Sowjets ganz erheblich: will man ein voringenommenes Urteil auf Zitate stützen, so findet man in der „*Ökonomischeskaja Schiza*“ und im „*Trud*“ alles, wonach man sucht, — sei es um dieses System zu verherrlichen, sei es um es herunterzureißen.

Es liegt auf der Hand, daß man damit bei der Beurteilung des bolschewistischen Experiments nicht weit kommt. Was ist aber der Gegenstand dieses Experiments? Wenn man vom „*Experimentieren*“ spricht, so meint man immer, daß es eine Frage gibt, die geprüft werden muß. Welche ist also die Frage, auf die die Sowjetwirtschaft Antwort gibt?

Man nimmt häufig an, daß es sich hier um eine Prüfung der Möglichkeit einer vergesellschaftlichten Produktion, einer Produktion ohne Privatunternehmer handle. Wir können diese Auffassung — die viele angesehene Anhänger hat — nicht teilen. Die Möglichkeit einer von der öffentlichen Hand geleiteten Produktion ist schon lange durch die Praxis bewiesen. Die öffentliche Wirtschaft — d. h. eine Wirtschaft, aus der die privaten Kapitalisten ausgeschaltet sind und deren Richtlinien nicht durch die Gewinnsucht, sondern durch die Interessen und Bedürfnisse der Allgemeinheit bestimmt werden, hat gerade in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Gegenwärtig hat sie in Europa — in Gestalt von staatlichen Eisenbahnen, kommunalen Kraftwerken und anderen Betrieben, Genossenschaften usw. — einen solchen Umfang erreicht, daß sie ihr Gepräge dem gesamten modernen Leben aufdrückt.

Nehmen wir z. B. Deutschland. Hier betrug Ende 1927 das Nominalkapital aller Aktiengesellschaften rund 17,5 Milliarden Mark (ohne Doppelzählungen), wobei an diesem Kapital auch die öffentlichen Hand ganz beträchtlich beteiligt war. Daneben steht die Reichsbahn — eine rein öffentliche Unternehmung — mit ihrem Kapital von 26 Milliarden Mark. Auf die öffentliche Hand entfallen in Deutschland 76 v. H. der Erzeugung des elektrischen Stromes für den Verkauf. Das gesamte Kreditwesen des Reiches, sowie seine Kohlenwirtschaft sind der öffentlichen Kontrolle unterworfen — die zwar bis jetzt schlecht ausgeübt wurde, hoffentlich aber in der nächsten Zeit einen anderen Charakter annehmen wird. Etwa drei Viertel des Wohnungsbaus in den deutschen Städten sind in den letzten Jahren von den öffentlichen Körperschaften finanziert worden.

In England, im Lande des klassischen Liberalismus, sieht man das Kommen einer entscheidenden Einwirkung des Staates auf das wirtschaftliche Leben voraus. In Wien haben unsere Genossen, trotz dem Widerstande der reaktionären Bundesregierung, auf dem Gebiet der auf Bedarfsdeckung eingestellten kommunalen Wirtschaft wirklich Mustergültiges geleistet.

Dieses alles erübrigte das kostspielige Moskauer-Experiment, falls es nichts anderes, als die Möglichkeit der Produktion ohne Privatkapitalisten beweisen sollte. Eigentlich war diese Frage schon durch die Entwicklung der riesigen Aktiengesellschaften und Konzerne gelöst, die von sachkundigen Fachleuten verwaltet werden und in denen der Eigentümer — der übrigens nicht immer festzustellen ist — keine ausschlaggebende Rolle spielt. Ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, daß ein Stab von geschulten Fachleuten den Betrieb eines Staates, einer Gemeinde oder irgendeiner anderen öffentlichen Körperschaft ebenso gut leiten kann, wie ein Betrieb, der den Aktionären gehört?

Und dennoch will man glauben, die Tatsache selbst sei höchst bemerkenswert, daß in Rußland ohne Privatkapitalisten die Züge verkehren, die Schornsteine rauchen, die Kraftwerke funktionieren, in den staatlichen Läden verschiedene Waren — wenn auch nicht immer — zu kaufen sind. Das nennt man: Wirtschaftswunder. Wir sehen aber nicht ein, worin hier eigentlich ein Wunder besteht. Wenn

## Der Bauernschwur von Karlsburg Kampf ohne Unterlaß! — Standrecht in Bukarest.

Bukarest, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die große rumänische Bauernbewegung bei Alba Iulia (Karlsburg) hat die Bezeichnung „Nationalversammlung des rumänischen Volkes“ angenommen. In dem Schwur der Volksversammlung heißt es, daß der Kampf gegen die ungeschickliche Regierung ohne Ermüdung, mit allen Opfern, in allen Städten und Dörfern des Landes geführt werden soll. Die gegenwärtige Regierung sei ungeschicklich und es sei berechtigt, sich aller Mittel zur Entsetzung eines solchen Regimes zu bedienen. Die „Nationalversammlung“ spricht der gegenwärtigen Regierung jedes Recht ab, im Namen des Landes zu handeln und fordert von der Regenschicht die Entsetzung der gegenwärtigen Regierung und die Ernennung einer Regierung der nationalen Bauernpartei mit Maniu als Präsidenten. Die nationale Bauernpartei habe um so mehr Verantwortung, gegen die gegenwärtige Regierung vorzugehen, weil ihr Verhalten mit dem monarchischen System identisch sei und weil in einer Zeit, wo überall die Monarchien zusammenbrechen, sich diese Staatsform nur halten könne, wenn die Volksmassen davon überzeugt sind, daß sie ihren Interessen am besten entspreche.

Aus Rumänien kommen sonst über den Bauerntag von Alba Iulia (Karlsburg) und seine Folgen nur Regierungsmeldungen, wie die, daß der Bauernführer Maniu dem Regenschichtsrat in Bukarest die beschworene Kampfschwüre der 200 000 erst nach dem Nationalfest am 10. Mai werde persönlich überreichen können, weil ihm vorher nicht Audienz gegeben werden soll!

Eine Budapest Meldung sagt, daß der Sejnellzug aus Siebenbürgen mit einer 3 w e i s t ä n d i g e n Verspätung in Békéshaza eingetroffen ist. Die Ursache der Verspätung lag darin, daß der Zug bei Tövis durch die von der Karlsburger Versammlung zurückgelassene Menge aufgehalten und zum Stehenbleiben gezwungen wurde, da die Menge verlangte, daß der Zug seinen Weg nach Trab nicht fortsetze, sondern sie nach Bukarest befördere. Die Gendarmerie trat dazwischen, und es gelang nach zweiseitigem hartem Kampfe die Menge zurückzudrängen, so daß der Zug seinen Weg nach Békéshaza fortsetzen konnte.

Aus Bukarest wird offiziell gemeldet: Die letzten Teilnehmer am dem Kongreß der Nationalen Bauernpartei haben Karlsburg und Umgebung in guter Ordnung verlassen. Um das Abströmen der Teilnehmergruppen zu erleichtern, hat die Regierung einem ihr vorgebrachten Wunsch gemäß einige Sonderzüge zur Verfügung gestellt. Stadt und Kreis Karlsburg bieten wieder den gewöhnlichen Anblick.

### Die Regierung höhnt.

Der Innenminister Duca sagte einem Vertreter der Agentur Orient-Radio: Als ich von einer Revolution in Rumänien sprechen hörte, und als ich die Beunruhigung sah, die in gewissen ausländischen Kreisen in dieser Hinsicht herrschte, konnte ich mich eines Schelmens nicht erwehren. Ich kenne mein Land und weiß, daß

es kein friedliebenderes und arbeitsfreudigeres Land gibt als Rumänien. Ich mußte außerdem, daß es kein ernstes soziales Problem gibt, das einer revolutionären Agitation als Grundlage dienen könnte. Es gibt offenbar eine Opposition, die möglichst bald zur Macht gelangen möchte, aber ihre Agitation ist ganz oberflächlich. Karlsburg konnte unter diesen Umständen nur das sein, was es war, nämlich eine mehr oder weniger zahlreichere Versammlung, die in einer mehr oder weniger heftigen Entschliebung gipfelte. Die Ereignisse haben die Vorhersage vollkommen bestätigt. Die Regierung setzt ihre Arbeit des Aufbaues und Fortschrittes fort, und es wäre ein für allemal zu wünschen, daß man aufhöre, dieses Land, das von allen es umgebenden Ländern seit dem Kriege das ruhigste war, in regelmäßigen Abständen vor der Weltöffentlichkeit als einen Herd der Unordnung und der Revolutionsgefahr hinzustellen.

### Der aufdringliche Carol.

London, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die Meldung, daß Kronprinz Carol von Rumänien zwei Flugzeuge gemietet hat, um nach Rumänien zurückzukehren, demontiert er. Demgegenüber stellt man amlich fest, daß am Sonnabendmorgen auf dem Flughafen Croydon zwei Flugzeuge mit dem Bestimmungsort Bukarest gemietet worden sind, in denen offenbar der Kronprinz mit Gefolge nach Rumänien zurückzukehren dachte. Da die britischen Behörden Zweifel darüber empfanden, ob der Kronprinz im Besitze der nötigen Papiere zur Rückkehr in seine Heimat sei, hätten sie die nötigen Schritte unternommen, um den Abflug zu verhindern.

### Unterdrückungsmaßnahmen.

Belgrad, 7. Mai. (II.)

Nach Meldungen aus Bukarest sind sämtliche ausländische Journalisten, die sich mit Maniu und den Bauernmassen aus Karlsburg nach Bukarest begeben wollten, an die Grenze abgelenkt worden. Weitere Meldungen besagen, daß in Bukarest Militär und Bauern aneinandergeraten seien. Die Truppen seien in Bereitschaft und hätten alle nach Bukarest führenden Straßen besetzt, um den Anmarsch der Bauernmassen zu verhindern. Ueber Bukarest sei das Standrecht verhängt worden. Die Regierung hoffe, nach in letzter Stunde der Lone Herr zu werden.

Maniu, der gestern nachmittag im Automobil von Karlsburg nach Bukarest abfuhr, um dort die Kongreßbeschlüsse dem Regenschichtsrat vorzulegen, ist von einer großen Schar seiner Anhänger auf 600 Lastautomobilen begleitet.

In Bukarest soll der Berichterstatter eines großen Berliner Verlages verhaftet worden sein, ebenso der Chefredakteur Lazaru von „*Dececal*“.



# Die „Gaffe“ von Colmar.

Wo bleibt das „Komplott“?

Dr. S. L. Colmar, 6. Mai 1923.

„Gaffe“, dieses Wort, das in der letzten Sitzung des Colmarer Schwurgerichts die Richter zum Grund nahmen, einem der tätigen Verteidiger der fünfzehn des Komplotts gegen die Staatsicherheit angeklagten elsässischen Autonomisten „das Handwerk zu legen“, ist hier nicht unabsichtlich als Ueberschrift gewählt. Der ganze Colmarer Autonomistenprozess ist eine „Gaffe“. Nicht nur über dem Sonnabendzwischenfall, über jedem der fünf Tage, die der Komplottprozess nun schon dauert, steht unsichtbar dieses Wort.

Eine „Gaffe“, eine blamable Ungeschicklichkeit, war es zunächst schon, diesen Prozess unmittelbar nach den Kammerwahlen anzufangen. Ganz abgesehen von den Kommentaren, zu denen dieser auffallende Termin den Autonomisten im Wahlkampf Gelegenheit gab, hätte man sich doch sagen müssen, daß die unausbleiblichen Nachwirkungen der Ueberhöhung dieses Komplexes gerade das Gegenteil einer Gewähr für einen ruhig-sachlichen Prozessablauf bieten würden. Die Erörterung antiautonomistischer Wahlplakate, hätte zu einem vom 29. April entfernteren Zeitpunkt, die Verhandlungen wahrscheinlich nicht aufgehoben.

Eine „Gaffe“ war es auch, Herrn Magoyer, zum Seiser der Gerichtsverhandlungen zu bestimmen, einen Mann, dessen persönliche Integrität zwar über alle Zweifel erhaben ist, der aber durch seine Unkenntnis der deutschen Sprache doch nicht an diese Stelle paßt, an der die Angeklagten zur Begründung ihrer Gesinnung fast täglich auf das Unverständnis hinweisen, dem die deutschsprachigen Elsäßer in der französischen Beamtenchaft begnügen. Und in der Tat wirkt der Herr Präsident jedesmal, wenn er bei der Uebersetzung der im elsässischen Dialekt gemachten Aussagen eines Angeklagten feststellen muß, daß dieser ihm nicht auf seine Frage geantwortet, sondern eine autonomistische Propagandarede gehalten hat, wie ein unfreiwilliger aber doch sehr schlagkräftiger Beweis der Berechtigung gewisser Forderungen derer, die hier auf der Anklagebank sitzen.

Aus „Gaffes“, aus blamablen Ungeschicklichkeiten, setzt sich die ganze Prozeßführung zusammen. Heute, nach fünf Tagen, nach neunmal vier Stunden angestrengter Sitzungen, fragen sich hundert Journalisten und mit ihnen die ganze öffentliche Weltmeinung verwundert: Was denkt sich eigentlich die Anklagebehörde und der Gerichtshof unter einem „Komplott“ gegen die Sicherheit des Staates?

Ob Dr. Ricklin's Vortragsvergangenheit, über die man ihn mehr als einen Tag zu reden zwang, ein Verbrechen? Sicher ebensowenig, wie die des Richters Coen, der noch im Jahre 1918 treudeutsche Kaisergeburtstagsartikel schrieb. Wären Schalls Bemühungen, deutsches Theater nach Straßburg zu bringen, geeignet, die Fußstollen der französischen Regierungsfessel zu durchschlagen? Sicher ebensowenig, wie die bisherigen Ergebnisse des Colmarer Komplottprozesses geeignet sind, von der Schuld der Angeklagten zu überzeugen.

Die größte „Gaffe“ war aber doch unbestreitbar das Verhalten des Gerichtshofs in der letzten Sitzung des Colmarer Schwurgerichts am vergangenen Sonnabend. Hier beschloß der Vorsitzende im Einverständnis mit dem Generalstaatsanwalt trotz des heftigsten Protestes der Verteidiger, mit dem begonnenen Verhör der Angeklagten, das in den französischen Schwurgerichten, wenn nicht Verhör, so doch *quis sine, plötzlich abzubrechen und zu dem Verhör der Belastungszeugen überzugehen*. Warum? — Der Vorsitzende sagte zur Begründung seines überraschenden Schrittes, die ihm über Nacht gekommene Erkenntnis, daß der Prozess in diesem Tempo fortgeführt in vier Wochen auch noch nicht zu Ende sei, habe ihn dazu gezwungen. Die Verteidiger mußten eine andere Erklärung: Poincaré werde heute und morgen im Elsaß, der Ministerpräsident, der am 12. Februar, also schon fast zwei Monate vor Erhebung der Anklage, auf dem Straßburger Bürgermeisterkonvent vom Autonomistenprozess anzukündigen mußte, „das Elsaß werde vor den ihm offenbaren Schändlichkeiten entsetzt zurückschrecken“. Wie könne nun Poincaré eine neue Rede halten, wenn nicht noch reich ein Belastungszeuge aufmarschiere mit den „Schändlichkeiten“, von denen bisher noch nichts offenbar geworden sei? Was dann der Verteidiger von den „Gaffes“, von den Ungeschicklichkeiten in der Politik Poincarés sprechen wollte, machte man ihn mundtot. Weil der Advokat in einem politischen Prozess die Politik des Ministerpräsidenten als ungeschickt zu bezeichnen gewagt hatte, verbot ihm der Vorsitzende für einen Monat die Ausübung seines Verteidigeramtes. Die Verteidiger selbst konnten nur noch bezweifeln, ob der Ministerpräsident selbst dieses Vorgehen billige, als der Vorsitzende die Sitzung kurzerhand ausloß und auf Montag vertagte.

Das war gewiß eine „Gaffe“. Man möchte hoffen, daß es die letzte dieses Prozesses ist. Seinen Zweck hat er bisher vollkommen verfehlt. Statt die durch Demagogentum vergiftete Luft zu reinigen, hat er sie noch stärker vergiftet, statt die gewitterschwüle Atmosphäre, die trotz der Einladung in den Wahlen über dem Elsaß immer noch lastet, zu entspannen, hat der Komplottprozess bisher an jedem seiner fünf Tage nur noch neuen Zündstoff erzeugt.

Wenn der Prozess in seinem weiteren Verlauf nicht größere Schändlichkeiten zulage fördert als bis heute, hätte man ihn im Interesse des Friedens, der nicht nur erfordert, daß das Elsaß bei Frankreich verbleibt, sondern sich auch bei Frankreich wohlfühlt, besser unterlassen sollen.

## Fortsetzung des Verhörs.

Straßburg, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Die Verteidiger im Autonomistenprozess beantragten am Montag, die bisher noch nicht vernommenen 13 Angeklagten wenigstens darüber zu hören, ob der autonomistischen Bewegung im Elsaß deutsches Geld zur Verfügung gestanden habe oder nicht. Der Vorsitzende erklärte sich bereit, die Angeklagten über die von der Verteidigung angeführten Punkte zu vernehmen. Er gestattete auch, dem am Sonnabend von der Verteidigung ausgeschlossenen Rechtsanwalt Jourriet seinen Platz auf der Verteidigerbank wieder einzunehmen, und zwar mit der Begründung, daß die Berufung gegen das Ausschlußurteil angemeldet sei.

Es wird zunächst der Angeklagte Haug vernommen. Er erklärt, solange er in der autonomistischen Bewegung stehe, sei ihm nie etwas davon bekannt geworden, daß irgendein Komplott gegen den französischen Staat geplant gewesen sei. Er könne auch bestimmt versichern, daß der Bewegung kein deutsches Geld zur Verfügung gestellt wurde. Wenn das Gegenteil der Fall gewesen sein sollte, hätten die Deutschen ihr Geld zum Fenster hinausgeworfen, denn für ihn wäre

die autonomistische Bewegung eine innere elsässische Sache.

Der Angeklagte Heil, früher protestantischer Geistlicher, jetzt Journalist, bemerkt, daß es sich für ihn nicht nur um einen Anklagepunkt handele, sondern daß sein guter Name durch die Heße in der französischen Presse in den Rot gezogen worden sei. Er sei

# Die „Bremen“ als Wahlvorspann.



Köhl: „Die Deutschnationalen scheinen mein Flugzeug mit der Arche Noah zu verwechseln, aber die „Bremen“ ist nicht groß genug, um alle Dachsen und Esel aufzunehmen.“

# Die Laufbahn des Herrn v. Reudell.

Neuestes Hindernis: Ueber das Deutsche Museum gestolpert.

München, 7. Mai. (Eigenbericht.)

In der Jahresversammlung des Deutschen Museums in München, an der, wie immer, die Reichs- und Landesregierung, zahlreiche Gelehrte der Technik und der Naturwissenschaften und in besonders großer Zahl führende Industrielle teilnahmen, ließ sich das Reich an erster Stelle durch den Innenminister v. Reudell vertreten. Es ist bezeichnend, daß bei der Erledigung der Repräsentationspflichten gerade der deutschnationale Minister der einzige war, der unangenehm auffiel, indem er es für notwendig erachtete, seiner Begrüßungsansprache einen politischen Akt zu geben. In einer am Vortage gehaltenen Rede waren auch die Wittelsbacher und der Flüchtling in Doorn als ehemalige Förderer des Deutschen Museums kurz-gedoppelt worden. Das gab dem Reichsinnenminister v. Reudell, bei der offiziellen Sitzung am Montag das Stichwort, um ausdrücklich „im Namen der Reichsregierung“ zu erklären,

er habe es besonders dankbar empfunden, daß neben der Hervorhebung der unergänzlichen Verdienste des kaiserlichen Königs auch des deutschen Kaisers gedacht worden ist.

Reudell hatte offenbar erwartet, daß sein monarchisches Bekenntnis gerade in diesem Kreise und an dieser Stätte einiges Echo finden würde. Als sich aber keine Hand zum Beifall rührte, sondern im Gegenteil allseits Bellsommenheit sich breit machte, eilte der Herr Reichsvertreter in paar zusammenhanglosen Sätzen zu einem schnellen würdelosen Schluß seiner Rede.

## Und noch ein Hindernis: Der Reichsinnenminister gegen das Reich!

München, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Seine offizielle Anwesenheit in München als Vertreter der Reichsregierung bei der Jahresversammlung des Deutschen Museums benutzte der deutschnationale Innenminister v. Reudell, um als Attraktion in einer deutschnationalen Wahlversammlung aufzutreten. Seine 45-Minutenrede war ein einziges Kom-

pliment für die reaktionäre Tätigkeit der bayerischen Regierung, vor die Deutschnationalen stets dankbar dafür sein werden, daß sie sich in allen wesentlichen Grundfragen der inneren und äußeren Politik in gemeinsamer Uebereinstimmung befanden hätten. Er persönlich empfinde besondere Dankbarkeit dafür, daß die bayerische Regierung in der Frage des Konfrontvertrages sich an seine Seite gestellt habe. Es sei seine innerste Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung der bayerischen Eigenart und Eigenstaatlichkeit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das Gedeihen des Deutschen Reiches darstelle.

Ein besonders starkes Stück leistete sich Reudell in der Verteidigung des bayerischen Konkordats, das bekanntlich heute schon von der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung als ein schlimmer Rückfall in mittelalterliche Kirchenherrschaft empfunden und verflucht wird. Reudell dagegen verteidigt die Auffassung, daß der bayerische Staat sich erst mit diesen Kirchenverträgen den Charakter eines wirklich christlichen Staates geschaffen habe. Nach der staatspolitischen Seite hin verriet Reudell seine realistische Gesinnung durch die Erklärung, daß er und seine politischen Freunde jede staatliche Veränderung in Mitteldeutschland ablehnen, weil sie eine Einengung der süddeutschen Belange bedeute. Zum Schluß jammerte der deutschnationale Minister über den Sozialismus als den gemeinsamen Feind, über den unerhörten Treubruch der Resolutionen von 1918 und über die schmachvolle Art, mit der das deutsche Volk seine Fürstengeschlechter behandelt habe.

Durch den Einheitsstaat würde lediglich eine weitere Ausblähung des Reichsapparates und eine Verstärkung der Allmacht der Reichsbürokratie erreicht werden.

Durch den Einheitsstaat würde lediglich eine weitere Ausblähung des Reichsapparates und eine Verstärkung der Allmacht der Reichsbürokratie erreicht werden.

## Reudells Blamage.

Die württembergische Regierung gibt bekannt, daß ein Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes nach der Entscheidung des Reichsgerichts für Württemberg nicht mehr in Frage komme.

## Poincaré in Bar-le-Duc.

Für Annäherung aller Nationen, insbesondere der europäischen.

Paris, 7. Mai. (Eigenbericht.)

Der französische Ministerpräsident eröffnete am Montag den Generalrat des Neufrankreich-Departements in Bar-le-Duc mit einer Rede, die hauptsächlich der Innenpolitik zugewandt war. Poincaré beschränkte sich diesmal in außenpolitischer Hinsicht auf ein neues Bekenntnis zur Völkerverständigung „Frankreich“, so erklärte er am Schluß seiner Ausführungen, „hat seinen Ehrgeiz davon gesetzt, zur Festigung des Friedens beizutragen. Gerade im Neufrankreich-Departement gibt es gewiß niemanden, der nicht

von ganzem Herzen die Annäherung aller Nationen,

insbesondere der europäischen, wünscht.“

Die innerpolitischen Ausführungen Poincarés zeugen jedoch keineswegs von fortschrittlichem Geiste. Der Ministerpräsident betonte mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit einer starken Mehrheit in der Kammer, die, wie er sich ausdrückte, jeden anderen Gesichtspunkt der Gesundung der Währung unterordne. Frankreich befinde sich nach in der Lage eines Kranken. Poincaré gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß sich, abgesehen von einer geringen und ohnmächtigen Minderheit niemand finde, der die Fortsetzung des begonnenen Wertes verhindern wolle. Damit unterstrich der Ministerpräsident seine bereits nach dem letzten Ministerrat deutlich gewordene Absicht, das Parlament auch künftig durch die Drohung, das Sanierungswerk scheitern zu lassen, unter Druck zu halten.

Dieser positiven Absicht gegenüber nehmen sich die Reformversprechungen des Ministerpräsidenten etwas vage aus. Poincaré betonte zwar, daß großzügige

soziale Reformen

notwendig seien, diese müßten jedoch den Charakter eines freiwilligen Zugeständnisses an die arbeitende Klasse haben.









131. Wkt. Arbeitervereine. Die Mitgliederversammlung... 132. Wkt. Arbeitervereine. Die Mitgliederversammlung... 133. Wkt. Arbeitervereine. Die Mitgliederversammlung...

Frauenveranstaltungen. 14. Kreis Siegel. Die Frauenvereine der St. und St. 15. Kreis Siegel. Die Frauenvereine der St. und St. 16. Kreis Siegel. Die Frauenvereine der St. und St.

Jungsozialisten. Gruppe Eichenberg. Wir besuchen heute, Dienstag, die öffentliche Kundgebung der S.D.Z. in den Prachtgärten des Ostens.

Kinderfreunde Groß-Berlin. Sitzung. Kreisleiter! Am Freitag, 11. Feb., in der Geschäftsstelle... 17. Wkt. Arbeitervereine. Die Mitgliederversammlung...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2. 2. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Einladungen für diese Nacht nur an lauf Jugendschriften! 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung! Betriebsräte Achtung! Die Betriebsräte-Aufsicht Nr. 9 ist erschienen...

Achtung! Funktionäre der Werkzeugmaschinenfabriker. Heute, Dienstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, im Zimmer 15 des Deutschen Hauses...

Branchenversammlung der Eisen-, Revolver- und Dreherinnen sowie Rundschleifer. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verhandlungsreferat...

Spielplan unserer Kulturabteilung. In der Woche vom 7. bis 13. Mai: 1. Abenteuer aus dem Rausch...

Grossmutter kennt den wahren Wert wohlgepflegter Hauswäsche. Sie hat sie sorglich behandelt, all die Jahre hindurch...

Nehmen Sie Sunlicht Seife auch für alle anderen Reinigungszwecke in Haus und Küche. Ihre Reinheit und Ergiebigkeit macht sie für alles geeignet.

Doppelstück 40 Pfg.; grosser Würfel 35 Pfg. Die Osterverwaltung. Beitiedern Adolf Pohl Dresden Straße 15



Reinigungsplan: Schule Bismarck, Ecke Kottbuscher. Mitgliederversammlung. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Sport. Rennen zu Ruhleben am Montag, dem 7. Mai. 1. Rennen: 1. Rasmus (Ch. Weiss), 2. Urmann (H. Weiss), 3. Kollwitz...

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachtr. ab 1. Teil). Teilweise, teils wolke, einzelne leichte Regenschauer...

Verkäufe. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Nähmaschinen. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Garten: Laube: Balkon. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Kaufgesuche. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Unterricht. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Verschiedenes. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Möbel. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Musikinstrumente. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Fahrräder. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Dienstag, 8. Mai, abends 8 Uhr, Kottbuscher Platz...

Frühjahrs- und Strandmodenschau bei Lietz. Je höher die Sonne steigt, um so größer wird die Frage: Wie sieht sie mich in Sonne und wie in Wasser?

Verkaufe. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Nähmaschinen. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Garten: Laube: Balkon. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Kaufgesuche. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Unterricht. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Verschiedenes. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Möbel. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Musikinstrumente. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Fahrräder. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Goldverkehr. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Arbeitsmarkt. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

Stellenangebote. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.

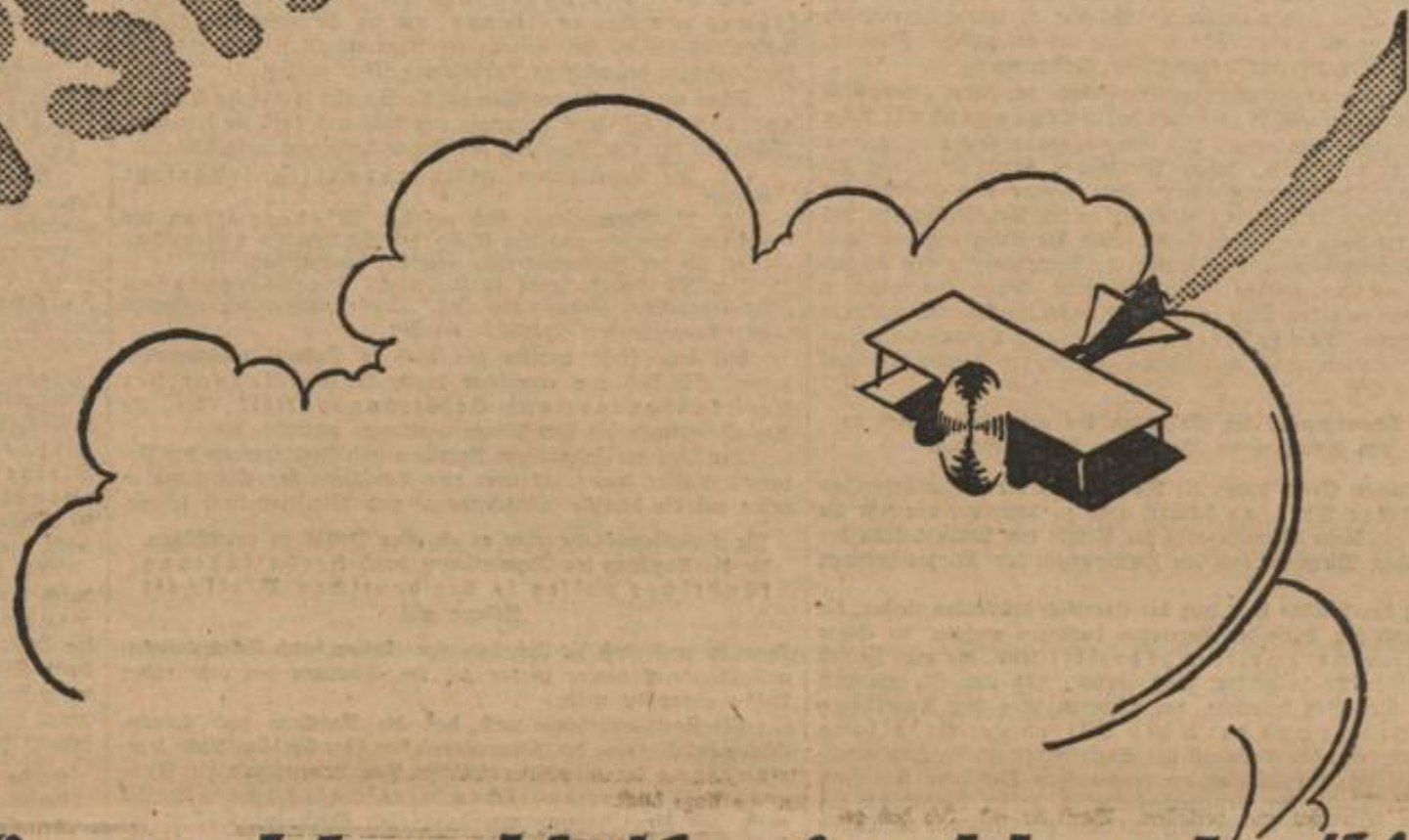
Arbeitsmarkt. Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten, Klempnerarbeiten. 1. Wkt. Unter Genosse Ravi Weißbach, Uckerstr. 2.





Am Himmel lasen Sie:

Persil-Henko-ATA



Das sind die rechten Helfer im Haushalt!

Nehmen Sie



für alles, was waschbar ist,  
auch für Wolle, Seide und  
Kunstseide!



zum Einweichen der Wäsche,  
zum Weichmachen des harten  
Leitungswassers und zum  
Reinigen!



zum Putzen und Scheuern  
aller Gegenstände aus Metall,  
Holz, Stein, Glas usw.



